

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Attraktivität des Lehrerberufs erhöhen und Eigenverantwortung der Schulen stärken

- I. Die Landesregierung wird gebeten zu berichten,
 1. wie sich die Personalsituation im Thüringer Schuldienst aktuell darstellt und wie sich nach Kenntnis der Landesregierung in den nächsten Jahren der Bedarf regional und fachspezifisch entwickelt;
 2. inwieweit die in der Thüringer Allianz für Lehrerbildung beschriebene Erhöhung der Ausbildungskapazitäten in der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung sowie früheren Einstellungstermine für einen besseren Übergang von der ersten zur zweiten Phase der Lehrerbildung umgesetzt wurden;
 3. welche Möglichkeiten den Thüringer Schulen zur Verfügung stehen, um im Rahmen ihrer Eigenverantwortung den Generationswechsel erfolgreich zu begleiten beziehungsweise umzusetzen.

- II. Der Landtag stellt fest:
 1. Angesichts der dramatischen Stundenausfälle an Thüringer Schulen, die Schularten und Fächer unterschiedlich betreffen, ist die Absicherung des Unterrichts die vorrangige Aufgabe der Thüringer Bildungspolitik.
 2. Kurzfristig müssen dazu alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Lehrer von Zusatzaufgaben zu entlasten, Verfahrenshürden bei der Einstellung zu beseitigen, freiwillig und gegen einen finanziellen Ausgleich das Stundendeputat zu erhöhen und geeignete Quereinsteiger zu gewinnen und zu qualifizieren.
 3. Mittel- und langfristig ist die Attraktivität der Lehrämter so zu steigern, dass für alle Schularten und Fächer ausreichend Bewerber zur Verfügung stehen. So lässt sich auch der Generationswechsel in der Lehrerschaft bewältigen.
 4. Interessenten für ein Lehramtsstudium benötigen Sicherheit, dass die an den jeweiligen pädagogischen und didaktischen Erfordernissen der Schularten ausgerichteten Studiengänge dauerhaft Bestand haben.
 5. Mehr Eigenverantwortung der Schulen und Schulleiter bei der Lehrgewinnung bietet eine zusätzliche Chance, den Personalbedarf passgenau entsprechend des jeweiligen Bedarfs zu decken.

6. Das gegliederte Thüringer Schulsystem muss allen Schülerinnen und Schülern Entwicklungsmöglichkeiten entsprechend ihrer jeweiligen Begabungen und Bildungsziele bieten. Dementsprechend haben alle Schularten einen Anspruch auf gleichwertige Entwicklungsmöglichkeiten. Eine Bevorzugung oder Benachteiligung darf es nicht geben.
7. Die kontinuierliche Steigerung der Schul- und Unterrichtsqualität ist der entscheidende Faktor erfolgreicher Bildungspolitik. Der Schlüssel dazu ist die Eigenverantwortung jeder einzelnen Schule und eine gute Lehreraus- und Lehrerfortbildung.
8. Professioneller, schülerorientierter Unterricht durch motivierte Lehrkräfte, die Wahrnehmung kommunaler Verantwortung für Schule und ihre Einbindung in die Gemeinschaft vor Ort sind wesentliche Elemente der Eigenverantwortung.
9. Durch mehr Eigenverantwortung der Schulen kann der Personaleinsatz und Finanzen noch zielgerichteter auf Schulqualität und guten Unterricht ausgerichtet und das besondere Profil der einzelnen Schulen geschärft werden.

III. Die Landesregierung wird aufgefordert,

Einstellungs- und Aufstiegsbedingungen zu verbessern:

1. den Einstellungskorridor im Thüringer Schuldienst bedarfsorientiert zu gestalten sowie langfristig und transparent bezogen auf Unterrichtsfächer und Schulträger zu veröffentlichen;
2. die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen und trotz der Unterschiedlichkeit der einzelnen Lehrämter künftig Lehrkräfte aller Schularten im Eingangsamt in die Besoldungsgruppe A13, beziehungsweise Entgeltgruppe E13, einzugruppieren;
3. ein rechtsicheres Aufstiegs-, Beförderungs- und Zulagensystem im Thüringer Schuldienst zu schaffen, das Engagement belohnt und damit Leistungsanreize schafft;
4. allen Schulen im Sinne der Eigenverantwortung mit einem Vordruck von drei Jahren verbindlich mitzuteilen, welche Stellen diese zur Neu- beziehungsweise Wiederbesetzung zur Verfügung haben;
5. allen Schulen, die dies wünschen, das schulscharfe Ausschreiben offener Stellen zu ermöglichen;
6. die Möglichkeit von Zulagen für Lehrer in ländlichen Regionen zu schaffen;

Lehrerbildung zu stärken:

7. eine Bestandsgarantie für alle Studiengänge die für die spezifischen Schularten des Thüringer Schulsystems bedarfsorientiert qualifizieren auszusprechen;
8. die Ausbildungskapazitäten an den Thüringer Universitäten und Studienseminaren entsprechend dem absehbaren fachspezifischen Lehrerberuf in den staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft schrittweise zu erhöhen, um den sich abzeichnenden Lehrerberuf an unseren Schulen zu begegnen;
9. die Attraktivität der Übernahme von Fachleitertätigkeiten durch zusätzliche Beförderungsplanstellen oder der Möglichkeiten von attraktiven Zulagen für Fachleiter aller Lehrämter zu erhöhen;
10. Schulleitern im Sinne der Eigenverantwortung die Möglichkeit zu geben, aktiv auf Lehramtsanwärter zuzugehen und sie durch Vorverträge an ihre Schule zu binden;

11. die Studienberatung an den Hochschulen dahin gehend zu stärken, dass sie Studierende in Mangelfächer lenkt, beziehungsweise ihnen während des Studiums die Aufnahme des Studiums in einem dritten Fach bedarfsorientiert nahelegt;
 12. ein eigenes interdisziplinäres universitäres Zentrum für Lehramtsstudierende mit Fächern aus dem MINT-Bereich (Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-Technik) und aus dem Berufsschulbereich einzurichten, um die Anreize für naturwissenschaftliche Studiengänge zu erhöhen und möglichen Studienabbrechern eine Perspektive zu eröffnen und dort fachspezifische Inhalte speziell für die Zielgruppe der Lehramtsstudierenden konzipiert zu vermitteln;
 13. allen Lehramtsanwärtern, die in Thüringen ihr Studium erfolgreich abgeschlossen haben, einen Referendariatsplatz anzubieten; Engagement zu belohnen:
 14. ein Modellprojekt, welches tarifbeschäftigten Lehrern ermöglicht, freiwillig ihren Beschäftigungsumfang über ihr Stundendeputat bis zu 32 Wochenstunden zu erhöhen, wenn dies aus dienstlichen Gründen erforderlich ist einzusetzen;
 15. Vertretungsstunden über die arbeitsrechtliche Verpflichtung hinaus im Monat finanziell voll auszugleichen;
 16. für Lehrer, die ihr 60. Lebensjahr vollendet haben, die Teilzeitgewährung zu erleichtern;
- Schulleiter zu stärken:
17. ein gemeinsames Maßnahmenpaket mit dem Hauptpersonalrat Schule zur Reduzierung von Zusatzaufgaben für Lehrkräfte und Schulleitungen zu erarbeiten;
 18. Schulleitern mehr Handlungsspielraum und eigenverantwortliche Entscheidungskompetenzen zuzugestehen, insbesondere mehr Mitspracherecht bei Personalentscheidungen, sowohl bei der Kandidatenauswahl für stellvertretende Schulleiter als auch bei der Einstellung von Lehrern und Referendaren;
 19. ein "Modellprojekt Schulverwaltungsassistenz" zur Entlastung der Schulleitungen in allen Schularten von administrativen Tätigkeiten zu entwickeln, damit diese sich verstärkt dem pädagogischen Kerngeschäft und der Qualitätsentwicklung von Schule widmen können;
- Seiteneinsteiger zu qualifizieren:
20. die Einstellungen von Seiteneinsteigern dem tatsächlichen Bedarf an den Schulen anzupassen;
 21. kurzfristig eine Strategie zur Qualifizierung von Seiteneinsteigern vorzulegen, die die Strukturen und Kompetenzen der Universitäten, Studienseminare und des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien im Sinne der Seiteneinsteiger und Schulen optimal verbindet;
 22. auf die Kompetenzen und Strukturen der Thüringer Lehrstühle und Professuren für Fachdidaktik bei der Qualifizierung der Seiteneinsteiger zurückzugreifen;
 23. alle Seiteneinsteiger vor ihrem Einsatz im Unterricht mindestens drei Monate fachdidaktisch, pädagogisch und psychologisch zu qualifizieren (Einstiegsqualifizierung);
 24. Seiteneinsteigern die Möglichkeit zu geben, zunächst durch schulpraktische Übungen (Hospitationen und eigener Unterricht) mit dem Schulalltag vertraut zu werden;
 25. die Möglichkeit zu eröffnen, die zu unterrichtende Lehrerwochenstundenzahl schrittweise zu erhöhen und
 26. allen Seiteneinsteigern an der jeweiligen Einsatzschule im gesamten ersten Jahr einen Mentor zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Im Februar 2020 verständigten sich die Fraktion DIE LINKE, die Fraktion der CDU, die Fraktion der SPD sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf einen Thüringer Schulfrieden. So sollen sich alle Schulen in Thüringen inhaltlich und personell gut weiterentwickeln können und in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden. Denn diejenigen, die jeden Tag Schule konkret vor Ort gestalten, sind den Problemen und Lösungen am nächsten. Deren Wissen und Können ist das wertvollste Kapital der Schule. Deshalb vertrauen wir auf die Eigenverantwortung der Menschen direkt am Ort des pädagogischen Geschehens.

Nach wie vor ist die Personalsituation an vielen Thüringer Schulen extrem angespannt. Aus diesem Grund ist es von zentraler Bedeutung, die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen und insbesondere die Bedingungen für Lehramtsanwärter zu verbessern. Denn zur Erhaltung und Weiterentwicklung eines leistungsfähigen Schulwesens ist es unerlässlich, junge Menschen für den Beruf der Lehrerin oder des Lehrers zu begeistern, um so den Bedarf der Schulen an qualifizierten Nachwuchskräften langfristig zu decken sowie den Lehrernachwuchs weiterhin hervorragend auszubilden und auf den Schullalltag vorzubereiten.

Einstellungsbedingungen und Einstellungsverfahren müssen genauso verbessert werden, wie berufliche Entwicklungsmöglichkeiten im Lehrerberuf. Die Unterschiedlichkeit und jeweilige Spezifik der einzelnen Lehrämter sind ein hohes Gut, dennoch sind alle Lehrämter gleichermaßen wertvoll. Aus diesem Grund soll die Eingruppierung im Eingangsam auf ein einheitliches Niveau gebracht werden. Besonders schwierig ist die Situation im sogenannten MINT-Bereich, also in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Denn in diesen Fächern herrscht nicht nur unter den Ländern ein Wettbewerb um die besten Absolventen, sondern auch ein Wettbewerb mit der Wirtschaft. Um die Zahl der Studienabbrecher in diesem Bereich zu verringern, soll deshalb für diese Fächer ein interdisziplinäres universitäres Zentrum für Lehramtsstudierende eingerichtet werden.

Ferner muss Thüringen dringend die Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren erhöhen, so wie es die alte Landesregierung bereits mit den lehrerbildenden Hochschulen verabredet hatte. Gleichzeitig müssen die Bedingungen für Fachleiter verbessert werden, damit genügend Lehrer bereit sind die Aufgaben eines Fachleiters zu übernehmen und sich um die Ausbildung der nächsten Lehrergeneration zu kümmern. Dazu braucht es entweder zusätzliche Beförderungsplannstellen oder die Möglichkeit von wirklich attraktiven Zulagen für die Übernahme einer solchen Tätigkeit. Insgesamt braucht es im Thüringer Schuldienst ein Beförderungssystem, das engagierten Lehrern Aufstiegsmöglichkeiten bietet und Anreize setzt, mehr Verantwortung an der Schule oder im Bereich der Lehrerbildung zu übernehmen.

Um den akuten Mehrbedarf an vielen Schulen und Fächern unmittelbar zu decken, soll freiwillige Mehrarbeit künftig vergütet werden. Denn wenn ein Lehrer mehr als die rechtlich festgesetzte Stundenzahl unterrichten will und kann, muss es dafür auch eine Entlohnung geben. Das gilt gleichfalls für Vertretungsstunden, die über die gesetzliche Vertretungspflicht hinausgehen.

Angesichts der zu geringen Zahl von Studienanfängern für Regel- und Berufsschulen und Mangelfächer ist es notwendig, die Einstellungen von Seiteneinsteigern dem tatsächlichen Bedarf anzupassen und im Ergeb-

nis mehr Seiteneinsteiger in Thüringen einzustellen. Durch eine dreimonatige Einstiegsqualifizierung sollen Seiteneinsteiger eine pädagogische Grundqualifikation erwerben, auf die dann anschließend berufsbegleitend aufgebaut werden kann. Außerdem sollen sie im gesamten ersten Jahr an der Schule einen Mentor bekommen, der sie begleitet und als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Beides ist notwendig, da manchen Seiteneinsteigern der Einstieg in den Schulalltag nur schwer gelingt und einige nach kurzer Zeit aufgeben. Auch wenn man angesichts der Anzahl an Lehramtsabsolventen in den genannten Bereichen aktuell nicht umhinkommt, die Bedarfe an den Schulen vermehrt durch die Einstellung von Seiteneinsteigern zu decken, hat die Landesregierung langfristig dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechenden Studiengänge so ausgestaltet sind, dass sie für junge Menschen ausreichend attraktiv sind.

Für die Fraktion:

Bühl